

tion oder Aussage, c) die künstliche Schaffung eines Beweises für die Anschuldigung vorliegen.

3. Durch das Gericht wird mit Freiheitsentzug von mindestens einem Jahr die vorsätzlich falsche Mitteilung in einer schriftlichen Anzeige an eine staatliche Einrichtung oder Amtsperson oder in einer Antwort auf eine offizielle Anfrage einer staatlichen Einrichtung oder Amtsperson über Tatsachen und Angaben, welche die Tätigkeit staatlicher Einrichtungen, Amtspersonen sowie angeforderte Angaben betreffen, bestraft¹⁾.

Vorsitzender des Rates der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Leiter der Geschäftsstelle
N. Gorbunow

Sekretär
L. Fotijewa

Moskau, Kreml.
24. XI. 1921

Nach dem Text der Zeitung „Iswestija des Gesamtrussischen Zentral-
exekutivkomitees“, Nr. 270, 1. Dezember 1921

¹⁾ Die konterrevolutionären Elemente nutzten im Kampf gegen die Sowjetmacht in breitem Maße Denunziationen, anonyme Briefe und Anzeigen aus. Die Gesamtrussische Tscheka traf entschlossene Maßnahmen zur Abschirmung der sowjetischen Einrichtungen und der Amtspersonen gegen verleumderische Ausfälle. So unterschrieb am 24. November 1920 F. E. Dzierzynski einen Befehl der Gesamtrussischen Tscheka, in welchem es hieß:

„Den Organen der Gesamtrussischen Tscheka im Lande gehen viele Anzeigen und Hinweise über ungesetzliche und verbrecherische Taten dieses oder jenes verantwortlichen parteilich organisierten oder parteilosen Mitarbeiters der Sowjets sowie über Bürger überhaupt mit der Bitte zu, gegen den Betreffenden ein Verfahren zu eröffnen und ihn zur Verantwortung zu ziehen. Oft sind die Verfasser derartiger Anzeigen Personen, welche keinerlei Vertrauen verdienen und die Motive der Anzeigenerstattung bestehen in der Begleichung persönlicher Rechnungen, dem Wunsch, diesen oder jenen Mitarbeiter zu diskreditieren oder ihn wegen der eigenen persönlichen Karriere aus dem Weg zu räumen. Oft sind unterschriebene Anzeigen anonym oder mit falschen Familiennamen versehen: in solchen Fällen ist es erforderlich, den Anzeigeführenden zu ermitteln, umso mehr, da mit falschen Anzeigen oft eindeutig weißgardistische Ziele verfolgt werden ... Andererseits gehen oft über offensichtlich verbrecherische Personen, gegen die eine Untersuchung läuft, oder welche sich in Haft befinden, einzelne oder kollektive Erklärungen über ihre Zuverlässigkeit, eine Charakteristik von der guten Seite, die Bitte um Freilassung aus der Haft gegen Bürgschaft, nach Beschleunigung der Verhandlung des Verfahrens oder gar um Einstellung desselben ein. Insbesondere häufen sich derartige Erklärungen, wenn die Untersuchung oder Haft gegen einen